

CITIZEN

BEHINDERTENRECHTE

Niemand zuständig!

Nëmm mat eis

In einem offenen Brief an Regierung und Abgeordnete bedauert die NGO, dass in Luxemburg zu wenig für den Schutz der Menschenwürde von Menschen mit Behinderung getan wird.

Wir möchten Sie auf ein grundsätzliches und schwerwiegendes Problem im Zusammenhang mit der nationalen Umsetzung der Behindertenrechtskonvention hinweisen: So haben wir im Rahmen der Veranstaltung „Autonom Leben mit Persönlicher Assistenz“ durch einen Vortrag der Menschenrechtskommission von einer Lücke im Ratifikationsgesetz der Konvention erfahren, was den Artikel 33.2 der Behindertenrechtskonvention angeht, genauer den Schutz von Menschen mit Behinderungen vor Menschenrechtsverletzungen.

Wir zitieren hier zunächst den Artikel 16 der Behindertenrechtskonvention, „Freiheit von Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch“, um zu verdeutlichen, welchen Schutz wir meinen. (...)

Sie sehen: Es gibt also eine Menge - auch hier in Luxemburg - zu tun und wir stehen noch ganz am Anfang. Eine der grundsätzlichen offenen Fragen ist: Wohin sollen wir Menschen mit Behinderungen uns wenden, wenn wir in unseren Menschenrechten und in unserer Würde verletzt werden?

Das Thema Schutz von Menschen mit Behinderungen endlich anzugehen, ist elementar wichtig, das wissen wir aus eigener Erfahrung und aus Berichten von anderen Menschen mit Behinderungen. Seit seinem Bestehen wird unsere behinderungsübergreifende Selbstvertreterorganisation immer wieder mit Problemen von Menschen mit Behinderungen im Zusammenhang von Verletzungen der Menschenwürde konfrontiert. Daher haben wir uns entschlossen, eine Ausbildung in Peer Counseling (Beratung von Betroffenen für Betroffene) zu machen, um hier kompetente Unterstützung bieten zu können.

In unserem Austausch mit der Abteilung Behinderter Arbeitnehmer DTH des OGBL, die als einzige Dienststelle bereits von Selbstbetroffenen geleitet wird (!), haben wir erfahren, dass regelmäßig Menschen mit Behinderungen sich an die DTH wenden, wenn sie sich in ihren Menschenrechten verletzt fühlen und dies nicht nur im Bereich Arbeit! Es gibt hier offenbar einen Bedarf, dem noch

nicht ausreichend Rechnung getragen werden kann. Wir möchten uns hier investieren.

Damit diese geplanten Tätigkeiten aber Erfolg haben, müssen sie gestützt werden. Gemäß Artikel 33.2 muss es auch eine übergeordnete und unabhängige Instanz geben, die diesen Schutz supervisiert und gegebenenfalls koordiniert. In den Artikeln 3 bis 6 des Ratifikationsgesetzes haben Sie die Aufgabe des Schutzes dem Ombudsman, jetzt Mediatorin übertragen. Diese Vorgehensweise erschien auch uns - wenn natürlich nicht ausreichend, so doch - logisch, da es sich beim Ombudsman um eine unabhängige und damit neutrale Organisation handelt, die ja auch bereits Ansprechpartnerin für alle BürgerInnen ist, welche auf Probleme in administrativen Verfahren mit einer staatlichen Stelle oder einem Dienst der Gemeinde stoßen.

Dieser Kompetenzbereich müsste also per Modifikation des Gesetzes zum Ombudsman erweitert und spezifiziert - und mit finanziellen Mitteln abgesichert werden. Das ist jedoch (noch?) nicht geschehen! So können wir uns zwar jetzt auch bei Menschenrechtsverletzungen an den Ombudsman wenden, jedoch nur für den öffentlichen Bereich, der Privatbereich (zum Beispiel innerhalb von Wohnung und Familie) bleibt ungeschützt! Gerade hier besteht aber gemäß internationalen Studien die größte Gefahr von Menschenrechtsverletzungen!

Wir machen darüber hinaus darauf aufmerksam, dass die Einrichtungen der Behindertenhilfe in privater Trägerschaft von Vereinen oder Stiftungen sind. Die Öffentlichkeit hat nur einen schweren Zugang zu diesen Einrichtungen. Auch hier bietet der Ombudsman also keinen Schutz, denn es gibt dafür keine gesetzliche Grundlage! (...)

Unser Fazit ist nun: Um die Schutzfunktion des Ombudsmannes herzustellen, muss das Ratifikationsgesetz konkretisiert werden, das heißt die Kompetenzen des Ombudsmannes müssen erweitert werden, sonst ist diese Schutzfunktion weitgehend vollkommen unwirksam!

Doch wie bereits oben beschrieben, das wird nur ein erster Schritt sein, viel mehr muss geschehen, damit Menschen mit Behinderungen vor Missbrauch und Gewalt und vor der Verletzung ihrer Menschenwürde geschützt sind.

EVENT

Diskussionsabend

der Wochenzeitung woxx

in Zusammenarbeit
mit RTL Radio Lëtzebuerg



Presse unter Druck

Facebook, Twitter, e-paper - die Medienzukunft scheint dem World Wide Web zu gehören. Wie lange werden Nachrichten noch auf Papier gedruckt? Auch in Luxemburg bläst ein rauer Wind durch den Blätterwald. Wie reagieren die hiesigen Printmedien auf die neuen Herausforderungen? Und: Muss der Kuchen der Pressehilfe neu aufgeteilt werden?

Darüber werden wir mit folgenden Gästen diskutieren:

François Biltgen

Minister für Kommunikation und Medien

Jacques Drescher

Chefredakteur des „De Feierkrop“

Marc Gerges

freischaffender Medienberater

Ines Kurschat

Journalistin beim „Lëtzebuurger Land“, Präsidentin des „Syndicat des journalistes du Luxembourg“, Mitglied des Presserates

Fernand Morbach

Journalist beim „Luxemburger Wort“

Exit 07, Carré Rotondes,
Dienstag, 4. Dezember um 19h

